

# Ein Löffelchen voll Basisdemokratie

80 General- und 7 Gemeinderäte, lokale Kommissionen und eine Beschäftigungsgarantie für die heutigen Angestellten: Die Arbeitsgruppen Politik und Verwaltung präsentierten ihre Ideen zur Fusion Freiburgs.

Regula Saner

**MARLY** Eine politische Vertretung, die sich an der Einwohnerzahl der fusionswilligen Gemeinden orientiert, und lokale Kommissionen, die den basisdemokratischen Ausgleich schaffen sollen: Diese beiden Überlegungen prägen die Vorschläge der Arbeitsgruppe Politik der konstituierenden Versammlung von Grossfreiburg. Gestern präsentierten sie und die Arbeitsgruppe Verwaltung (siehe Kasten links) in Marly ihre Ideen den Medien und lancierten damit den öffentlichen Diskurs.

## Generalrat mit 80 Mitgliedern

Die Arbeitsgruppe Politik unter Präsident Giordano Bizzozero (CVP, Villars-sur-Glâne) schlägt einen Generalrat mit 80 Mitgliedern vor. Jede Gemeinde würde vorübergehend einen Wahlkreis bilden und je nach Einwohnerzahl über mehr oder weniger Sitze verfügen. Gemäss der Volkszählung vom 31. Dezember 2017 würden der Stadt Freiburg 40 Sitze zustehen, Villars-sur-Glâne 13, Marly 9, Granges-Paccot und Belfaux je 4, Givisiez und Corminboeuf je 3 sowie Avry und Matran je 2 Sitze. Die Hälfte der Sitze im Generalrat würde somit von Freiburger Vertreterinnen und Vertretern besetzt. Auf die Frage, ob sich die kleineren Gemeinden bei einer solchen Verteilung überfahren fühlen könnten, meinte Anne-Elisabeth Nobs (CVP, Corminboeuf), dass dies durchaus auch in der Arbeitsgruppe ein Thema gewesen sei. Aber der Umstand, dass mehrere Abgeordnete aus derselben Gemeinde stammten, heisse ja nicht, dass alle gleicher Ansicht seien. «Zumindest im Generalrat der Stadt Freiburg sind die Gewählten selten einer Meinung.»

Damit der Generalrat seine gesetzgeberische Rolle vollumfänglich wahrnehmen kann, schlägt die Arbeitsgruppe zudem die Einführung eines professionellen und unabhängigen Sekretariats vor – gleich dem Grossen Rat.

## Gemeinderat mit 7 Mitgliedern

«Wir haben sieben Staatsräte und sieben Bundesräte, und darum empfehlen wir für die fusionierte Gemeinde sieben vollamtliche Gemeinderäte», führte Giordano Bizzozero weiter aus. Die Sitzzahl sei einerseits höher als in der aktuellen Gemeinde Freiburg – die Exekutive besteht derzeit aus fünf Personen. Gleichzeitig sei sie tiefer als die Anzahl der Gemeinden, die an der Fusion beteiligt sind. Weil also nicht jede Gemeinde eine Vertreterin oder einen Vertreter in die Exekutive schicken kann, schlägt die Arbeitsgruppe zwei Varianten vor, die im Mai in die Vernehmlassung geschickt werden sollen. Beiden liegt die Tatsache zugrunde, dass gemäss Demografie die Hälfte der Sitze auf die heutige Gemeinde Freiburg entfällt, die andere Hälfte auf die anderen Gemeinden.

## Zwei oder fünf Wahlkreise

In der ersten Variante verfügt die Gemeinde Freiburg über vier von sieben Sitzen, in der zweiten haben die anderen Gemeinden vier Sitze. In der ersten Variante schlägt die Arbeitsgruppe Politik vor, vor-



Lise-Marie Graden (SP, Freiburg) und Giordano Bizzozero (CVP, Villars-sur-Glâne) denken die Gemeinde Freiburg neu.

Bild:rsa

übergehend einen Wahlkreis für Freiburg (vier Sitze) und einen Wahlkreis für die anderen acht Gemeinden (drei Sitze) zu bilden.

In der zweiten Variante sollen vorübergehend fünf Wahlkreise gebildet werden: Freiburg (drei Sitze), Villars-sur-Glâne (ein Sitz), Marly (ein Sitz), Nord (ein Sitz für Belfaux, Givisiez und Granges-Paccot) und West (ein Sitz für Corminboeuf, Avry und Matran). Der Gemeinderat soll in beiden Fällen im Proporzsystem gewählt werden.

## Neu: Lokale Kommissionen

Um die Nähe der Politik zu den Bürgerinnen und Bürgern

zu unterstreichen und Zentralisierungstendenzen entgegenzuwirken, schlägt die Arbeitsgruppe Politik schliesslich die Gründung von lokalen Kommissionen vor. «Wir sind stolz, eine Innovation in die Freiburger Politlandschaft einbringen zu können. Die lokalen Kommissionen werden unserer Meinung nach ein Schlüsselement in der neuen Gemeindepolitik sein.» Die Kommissionen würden zwei Aufgaben erfüllen: Einerseits müssten die Gemeindebehörden sie in Fragen konsultieren, die sie betreffen. Andererseits hätten sie den Auftrag, die Koordination mit den lokalen Vereinen und

Institutionen wahrzunehmen und Vorschläge zuhanden der Politik zu machen.

## 18 bis 22 lokale Kommissionen

Die neue Grossgemeinde Freiburg würde bei diesem Vorschlag in 18 bis 22 Gebiete eingeteilt, jedes Gebiet würde über eine Kommission verfügen. Das Einzugsgebiet müsste von den Gemeinden vor der Umsetzung der Fusion Grossfreiburg festgelegt werden. Der Perimeter orientiert sich an den bestehenden Ortschaften, den Quartieren und der Anzahl Bewohnerinnen und Bewohner. Die fünf bis neun Kommissionsmitglieder würden von der Bevölke-

rung im jeweiligen Perimeter gewählt. Professionelle Unterstützung sollten die Kommissionen durch eine Koordinationsstelle in der Gemeindeverwaltung bekommen. Im Laufe des ersten Halbjahrs nach der vollzogenen Fusion müssten die lokalen Kommissionen gewählt werden können. Die Befürchtung, dass die Kommissionen eine Pro-Forma-Einrichtung ohne politisches Gewicht würden, teilt Bizzozero nicht: «Auch wenn der Gemeinde- oder Generalrat das letzte Wort hat: Ich denke, gerade aus politischen Gründen ist es angezeigt, die Meinung der Bevölkerung einzubeziehen.»

## Verwaltung

# Eine zugängliche Gemeinde schaffen

«Die Stimmung in der Arbeitsgruppe ist äusserst positiv und konstruktiv», betonte Lise-Marie Graden (SP, Freiburg) eingangs ihrer Präsentation. Sie steht jener Arbeitsgruppe vor, die sich mit der Gestaltung der Verwaltung in der neuen Gemeinde auseinandersetzt. «Klar ist, die Verwaltung soll der gesamten Bevölkerung zugänglich sein.» Vorgesehen sind Online-Schalter, welche es den Einwohnern ermöglichen, einen Grossteil der Verwaltungsprozesse von zu Hause aus durchzuführen. Daneben soll es verteilt über das ganze Gemeindegebiet physische Schalter geben, welche nicht durchgehend geöffnet sein müssen, jedoch erweiterte Öffnungszeiten am Morgen, über Mittag oder am Abend anbieten sollen. «Wir wollen auch die Idee weiterverfolgen, einen Heimservice für Personen mit eingeschränkter Mobilität einzuführen.»

## Beschäftigungsgarantie

Heute gibt es in den Verwaltungen der neun fusionswilligen Gemeinden 755 Vollzeitstellen. Die konstituierende Versammlung sprach sich im Juni 2018 für eine Beschäfti-

gungsgarantie für alle Gemeindeangestellten aus. «Diese Garantie beinhaltet eine Weiterbeschäftigung in der neuen Gemeinde, nicht aber zwingend mit dem bisherigen Stellenprofil. Denn die Verwaltung wird sich neu organisieren und soll zudem durchwegs digitalisiert werden», stellte Graden klar.

Geht es nach dem Willen der Arbeitsgruppe, soll die künftige Verwaltung «modern und avantgardistisch» sein. Zudem pocht sie auf Lohngleichheit, die Förderung des Gleichgewichts zwischen Familie und Beruf, flexible Arbeitszeiten und -plätze, 16 Wochen Mutterschaftsurlaub, 2 Wochen Vaterschaftsurlaub sowie gleiche Bedingungen für Adoptivfamilien. Auch soll die neue Gemeinde eine stärkere Funktion als Ausbildungsstätte wahrnehmen und die Zahl der Lehrstellen erhöhen.

## Papierlose Verwaltung

Die Arbeitsgruppe plädiert zudem für eine Verwaltung ohne Papier. Die Infrastruktur soll es den Angestellten ermöglichen, von jedem Standort der Verwaltung auf virtuelle Dossiers zuzugreifen und die

Datenverarbeitung zu vereinheitlichen.

## Intern und extern informieren

Zugänglichkeit sei auch eine Frage der Information, erklärte Lise-Marie Graden schliesslich. Die Gemeinde müsse deshalb eine Informationspolitik ausarbeiten, die auf die Bedürfnisse der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ausgerichtet sei. Informationen müssten über geeignete ergänzende Kanäle vermittelt werden und thematisch leicht auffindbar sein. «Wir brauchen eine leistungsstarke Website.» Das Personal soll zudem ausreichende Kenntnisse haben, um Einwohnerinnen und Einwohner, Organisationen sowie Wirtschaftsakteure in ihren Anliegen unterstützen zu können. «Wir denken derzeit darüber nach, wie wir das Personal in die Überlegungen zur Arbeitsweise in der neuen Gemeinde einbeziehen können», schloss Graden ihre Präsentation.

Wo genau die verschiedenen Dienste angesiedelt sein sollen, hat die Arbeitsgruppe Unterhalt und Technik angeschaut. Sie präsentiert ihre Ergebnisse am kommenden Freitag. *rsa*

## Übergangsregelung

# Erste zehn Jahre unter besonderen Vorzeichen

Die Arbeitsgruppe Politik ist der Meinung, dass für die politischen Behörden während der ersten beiden Legislaturen Übergangsbestimmungen notwendig sind. In den ersten zehn Jahren nach der Fusion würden Wahlen also in verschiedenen Wahlkreisen abgehalten, damit die repräsentative Vertretung der einzelnen Gemeinden gewährleistet ist. Die neue Gemeinde könnte abschliessend entscheiden, wie viele lokale Wahlkreise nach der Übergangsregelung einzurichten sind.

Die Vorschläge der Arbeitsgruppe werden von der konstituierenden Versammlung der Fusion Grossfreiburgs im April diskutiert und im Mai in die Vernehmlassung geschickt. Konsultiert werden politische und administrative Instanzen sowie verschiedene Organisationen. Die Bevölkerung wird sich dazu auf [www.grandfribourg.ch/de](http://www.grandfribourg.ch/de) äussern können. Eine «Vorabstimmung» zur Fusion im November ist laut dem Präsidenten der konstituierenden Versammlung, Carl-Alex Ridoré, eine weitere Option. *rsa*

## Kampf für mehr Pflegepersonal im Fokus

Wichtigste Pendenzen beim Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner sind derzeit die Pensionskasse, das Staatspersonalgesetz sowie die nationale Pflegeinitiative.

Jean-Claude Goldschmid

**FREIBURG** «Für dieses Jahr haben wir vor allem zwei Prioritäten: die Situation bei der Pensionskasse des Staatspersonals sowie das Staatspersonalgesetz», sagt Gilberte Cormoreche, Co-Präsidentin der Freiburger Sektion des Schweizer Berufsverbands der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK-ASI). «Unsere Positionen dabei sind klar», so Cormoreche. In beiden Bereichen wolle man das Engagement für die Arbeitnehmer im Sinne des vergangenen Jahres weiterführen. Auf nationaler Ebene stehe derzeit vor allem die sogenannte Pflegeinitiative auf der Agenda, welche Bund und Kantone verpflichten will, mehr diplomiertes Pflegepersonal auszubilden und anzustellen.

Die SBK-ASI-Sektion führte gestern in der Freiburger Hochschule für Gesundheit ihre Generalversammlung durch. Wie aus dem Jahresbericht hervorgeht, gehören zu den 878 Sektionsmitgliedern 780 Frauen, 99 Deutschsprachige, 106 Studierende, 136 freiberuflich Tätige sowie 52 Mitglieder, die nicht mehr oder nur zu einem sehr geringen Prozentsatz arbeiten.

Express

## Junge Kommunisten wollen Gratis-ÖV

**FREIBURG** Die Kommunistische Jugend Freiburg hat am letzten Freitag eine Petition lanciert. Wie die Jungpartei in einem Communiqué mitteilt, fordert sie einen kostenlosen öffentlichen Verkehr für Jugendliche unter 25 Jahren und Auszubildende. Das Ziel solle sein, Personen in prekärer finanzieller Lage wie Studierende oder Lehrlinge sowie Familien finanziell zu entlasten. Auch angesichts der Klimadebatte sei es notwendig, den öffentlichen Verkehr zu fördern, wie es heisst. *jcg*

## Swiss Marketing Club hat neue Präsidentin

**FREIBURG** Der Swiss Marketing Club Freiburg hat Sara Zbinden an seiner jüngsten Generalversammlung zur neuen Präsidentin gewählt. Dies teilt die Organisation in einem Communiqué mit. Zbinden hatte bis anhin das Amt der Sekretärin inne. *jcg*

## Drei Mal ohne Permis erwischt

**BOSSONENS** Am vergangenen Freitagmorgen hat eine Polizeipatrouille einen 52-jährigen Mann in Bossonens angehalten und kontrolliert. Es stellte sich heraus, dass der Mann ohne Führerausweis fuhr. Mehr noch: Er war innert sechs Monaten zum dritten Mal ohne Permis unterwegs, wie die Kantonspolizei gestern mitteilte. Nun wurde sein Auto beschlagnahmt, der Wiederholungstäter wird angezeigt. *vau*